

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 85
September
2013

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

längst hat die Globalisierung auch die Denkwürdigkeiten im Griff. Die Globalisierungsbeiträge von Heinz Schulte und Matthias Köhler rahmen Beiträge zu Europa und aus Brasilien und Japan ein. Deutschland und Europa leben von weltweiten Strömen an Gütern, Rohstoffen, Menschen, Informationen und Finanzen. Diese Ströme fließen durch die Hohe See, die Luft, den Weltraum und/oder den Cyberraum. Diese Räume – die sogenannten "Global Commons" – sind hoch frequentiert, umkämpft und miteinander vernetzt. Der ungehinderte wengleich nicht unregelmäßige Zugang zu ihnen ist Grundlage von Sicherheit und Prosperität in der ganzen Welt.

Deutschland und Europa haben in den "Global Commons" Gestaltungsverantwortung. Nicht zuletzt auch deshalb ist Europa Pflicht, auch und gerade für einen kritischen Kopf wie Peter Gauweiler, der uns mit seinem Vortrag eine Kostprobe davon gab, wie brillant und nachdenklich, geschichtsbewusst und zukunftsgerichtet, vielseitig und anregend politische Rhetorik sein kann.

Érico Duarte schaut auf den Atlantik von Brasilien aus und eröffnet damit ungewohnte, aber durchaus relevante transatlantische Perspektiven.

Yoko Nitta zeigt uns mit ihrem Beitrag eine japanische Perspektive auf aktuelle Cyber-Herausforderungen und erinnert mich damit an einen Satz, den ich jüngst in Tokio hörte: Wir dürfen den Cyberraum nicht China und den USA überlassen. Wie wahr!

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der Politisch-
Militärischen Gesellschaft e.V.

Hrsg.: Der Vorstand der pmg
Redaktion: R. Thiele (V.i.S.d.P.)

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com



In dieser Ausgabe

1 Globale Ströme & nationales Interesse

Heinz Schulte

5 Europa ist Pflicht

Dr. Peter Gauweiler, MdB

9 Approaches to Maritime Security in the Atlantic

Prof. Érico Duarte

11 Editor's Choice

Leseempfehlungen

12 Japan's approach towards cyber security

Yoko Nitta

14 Globale Verbindungswege sichern & verwalten

Matthias Köhler

THEMEN

Globale Ströme & nationales Interesse

Berlin als Gestaltungsmacht zur
Sicherung der globalen Ströme

Europa bietet Optionen; und dies macht es attraktiv für die Vereinigten Staaten. Die angelaufenen Verhandlungen zu einer transatlantischen Freihandelszone (Trans-Atlantic Free Trade Agreement/TAFTA) haben Auswirkung auf das Pendant auf der anderen Seite der Weltkugel (TransPacific-Partnership/TPP). Es ist an der Zeit, eine neue große Erzählung zu schreiben: Diese handelt im Wesentlichen von der Globalisierung. In Europa sind Frankreich und Großbritannien klassische Militärmächte. Berlin sollte sich dem Anspruch einer europäischen Gestaltungsmacht zur Sicherung der globalen Ströme stellen – im Dialog mit Singapur, dem diese Aufgabe in Asien zufällt. Diese Rolle als Gestaltungsmacht ist Gegenstand dieses griephan special.

Worum es geht

Es geht um die Sicherung der globalen Ströme (global flows). Jede Zeit braucht ihre politische Erzählung. Zweifelsohne handelt die große Erzählung am Anfang des 21. Jahrhundert von der Globalisierung – konkret von den weltweiten Strömen an Gütern, Rohstoffen, Menschen, Informationen und Finanzen. Die Sicherung dieser Ströme ist von grundsätzlicher Bedeutung und sie verursacht Kosten: Schutz der kritischen Infrastruktur (wie Flug- und Seehäfen) und der (maritimen) Transportwege. Die Sicherung der globalen Ströme bedarf international anerkannter Standards; und die werden politisch definiert. Es ist eine Binse, dass der, der Standards setzt, auch Märkte schafft.

Im Augenblick setzen zwei politische Kraftzentren diese Standards: Washington und Brüssel als europäischer Definitionsmuskel. Weitere kommen hinzu: vor allem China und Singapur. Die Vorteile einer transatlantischen Freihandelszone sind geopolitischer Natur! Von erweiterten transatlantischen Strömen, vom Setzen internationaler Standards bei der Sicherung der logistischen Ketten profitiert besonders Deutschland. Die Standards einer transatlantischen Freihandelszone werfen ihren Schatten auf die logistischen Ketten im Pazifik.

Die Kerndaten für Berlin sind eindeutig: Deutschland ist unter den Top Five der globalen Logistik-Standorte. Unter den zehn größten Logistikkonzernen der Welt sind fünf europäisch. Davon belegt Deutschland die Plätze 1 (DHL) und 5 (DB Schenker). Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, hat die Bedeutung von Logistik und Handelsströmen auf den Punkt gebracht: Vier Fünftel des Welthandels und weit mehr als die Hälfte des deutschen Güterverkehrs sind auf sichere maritime Handelswege angewiesen. Diese Routen sind die logistischen Pulsadern unserer Weltwirtschaft. Und diese Pulsadern dürfen nicht durchtrennt werden.

Die Bundesregierung hat im aktuellen „Bericht über die Entwicklung

und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland“ die Bedeutung dieser Pulsadern anerkannt: Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine leistungsstarke, international wettbewerbsfähige, prosperierende maritime Wirtschaft von hoher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Dies gilt für alle Bereiche der logistischen Ketten und globalen Handelsströme.

Die Premiumklasse der Globalisierung

Der Begriff „Supply chain management“ wird primär technisch definiert; er hat aber auch eine politische Dimension: Sicherheit der logistischen Ketten beruht auf stabiler Infrastruktur und diese wiederum stützt sich auf politisch und gesellschaftlich feste Fundamente. Die Premiumklasse der Globalisierung – und damit besonders anfällig – ist „Just in time logistics“. Sie setzt ein außergewöhnlich hohes Maß an Zuverlässigkeit der logistischen Ketten voraus.

Es sind politisch stabile Systeme, die Definitionsmacht über anfällige logistische Ketten und kritische Infrastruktur ausüben. Drängen autoritäre politische Systeme in die „globale Definitionsklasse“, müssen sie globale Standards (Compliance und Corporate governance) akzeptieren.

Das Wissen um Räume

Die Sicherung der globalen Ströme setzt auf zwei Säulen:

- die Definition der allgemein zugänglichen Räume (Global commons) und
- das Wissen um diese Räume (Domain awareness).

Eine nützliche Definition der Global commons hat die amerikanische Denkfabrik Atlantic Council (Envisioning 2030: US Strategy for a Post-Western World) aufgeschrieben:

The term global commons is defined as the universal public goods – air, sea, outer space and cyber-space – which no one person or state may own or control and which is central to life. They compromise the ecosystems and mu-

tual interests of the international system.

The billions of dollars in international trade daily shipped across the oceans and flown over national territories, the trillions in daily finance electronically zapped through cyber-space across the globe, the GPS signals bouncing off satellites and guiding air, sea and land transport, all highlight the vital importance of the commons. The commons are vital enablers of global security and the international flow of trade, finance, people, and ideas.

Akzeptiert man das Konzept der Global commons als Voraussetzung für das Funktionieren komplexer logistischer Ströme, dann ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, um die Räume zu wissen (Domain awareness).

Die neue Erzählung

Berlin muss an der neuen großen Erzählung (siehe oben) mitwirken. Sie ist im Wesentlichen transatlantisch, handelt von der Globalisierung und dem asymmetrischen Aufstieg Chinas. Berlin muss diese große Erzählung auch erzählen! Worin unterscheidet sich die neue Erzählung von der, die vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Fall der Mauer (1989) gehalten hat?

Die alte Erzählung war intuitiv; sie musste eigentlich nicht erzählt werden. Die sowjetische Bedrohung war offenkundig; Soziale Marktwirtschaft und die Deutsche Mark waren eine mit Händen greifbare Erfolgsgeschichte. Vor diesem Hintergrund war der christdemokratische Wahlslogan „Keine Experimente“ von Erfolg gekrönt. Die neue Erzählung muss intellektuell unterfüttert werden: Globalisierung und eine gemeinsame europäische Währung erschließen sich nicht unmittelbar – sie sind komplex und abstrakt.

Globalisierung ist mehr als ein fliegender Teppich für deutsche Exporte. Sie handelt von nationalen Grundinteressen.

Sicherheit eines Industrielandes

Zur „Sicherheit für das Industrieland Deutschland“ hat sich der

BDI in einem Grundsatzpapier positioniert (www.griephan.de). Der Schutz internationaler Handels- und Logistikketten ist ein Schwerpunkt nationalen Interesses:

Die Bedeutung sicherer Handels- und Logistikketten für die deutsche Industrie

Handels- und Logistikketten sind die Pulsadern unserer global vernetzten Wirtschaft. Hochkomplexe und in der Regel zeitkritische Logistikprozesse zu Land, Wasser und in der Luft ermöglichen erst, dass Güter jeglicher Art rechtzeitig und effizient ihr Ziel erreichen. Ihr Funktionieren ist eine Grundvoraussetzung für eine international arbeitsteilige Wertschöpfung und damit ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Der Schutz der internationalen Logistikketten und Infrastrukturen gegen zunehmende und vielschichtige Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität oder Katastrophenszenarien liegt im nationalen Interesse Deutschlands und der EU.

Heterogene Sicherheitsanforderungen

Handels- und Logistikketten kombinieren in der Regel unterschiedliche Transportarten, -mittel, -wege und -infrastrukturen, deren jeweilige Sicherheitsrisiken und Gefahrenpotentiale signifikant variieren. Allgemein pauschale Sicherheitslösungen für sämtliche Logistikprozesse sind daher weder möglich, noch zielführend, soll der reibungslose Warenverkehr nicht unnötig und kostentreibend unterbrochen werden. Sicherheitsmaßnahmen müssen daher stets risikobasiert an den jeweiligen Prozessabläufen und Sicherheitsrisiken einzelner Logistikketten ausgerichtet werden. Es gilt unbedingt, ein Gleichgewicht zwischen den eingesetzten Sicherheitsverfahren und dem freien Handelsverkehr sicherzustellen.

Fehlende Kohärenz bei Sicherheitsregularien & -standards

Um den heterogenen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden, wurden in der Vergangenheit gemeinsam durch Wirtschaft und Politik eine Vielzahl freiwilliger Si-

cherheitsregime, Standards und ergänzender staatlicher Sicherheitsregularien für die unterschiedlichen Logistikkbereiche entwickelt und umgesetzt. Diese ermöglichen in Deutschland und der EU ein im internationalen Vergleich hohes Sicherheitsniveau. Die Sicherheitsregime, -regularien und Standards sind jedoch unzureichend aufeinander abgestimmt, ihre Umsetzung erfolgt in den EU-Mitgliedsstaaten uneinheitlich. Das gilt im stärkeren Maße auch für den internationalen Warenverkehr mit Drittstaaten. Dadurch entstehen der deutschen Industrie jedes Jahr ein enormer bürokratischer Mehraufwand und hohe Kosten.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Strafverfolgungs-, Zoll- & Sicherheitsbehörden

Die deutsche Wirtschaft hat ein hohes Eigeninteresse, seine Güter und Einrichtungen gegen den Zugriff und Einfluss Dritter zu schützen, und übernimmt bereits seit jeher die primäre Verantwortung für die Sicherheit ihrer Logistikprozesse. Sie ist dabei auf die grenzüberschreitende Flankierung durch Politik und Strafverfolgungs-, Zoll- und Sicherheitsbehörden angewiesen. Das gilt insbesondere bei Vorkommnissen der Gefahrenabwehr, die grundsätzlich in die staatliche Zuständigkeit fallen. Es ist nicht möglich, eine hundertprozentige end-to-end Security zu erzielen. Bei der Gefahrenprävention und beim Krisenmanagement ist es daher umso wichtiger, dass Behörden und Unternehmen auf internationaler Ebene eng miteinander kooperieren. Trotz vielfältiger Unterstützungsmaßnahmen fehlt jedoch ein kohärenter Handlungsrahmen.

Handlungsempfehlungen

Verbesserung der internationalen Sicherheitskooperationen

Das Thema Sicherheit in der Handels- und Logistikkette bedarf einer europäischen beziehungsweise internationalen Betrachtung, da grenzüberschreitende Verkehre auf diesem Gebiet die Regel sind. Den steigenden Sicherheitsherausforderungen für unsere komplexen Logistikketten und -infrastrukturen kann daher nur in

einem gemeinsamen, internationalen Ansatz von Wirtschaft und Politik wirksam begegnet werden. Die Politik muss hierfür in Abstimmung mit der Wirtschaft geeignete Rahmenbedingungen schaffen und gegebenenfalls erweitern. Freiwillige, risikobasierte und sinnvoll aufeinander abgestimmte Sicherheitsmaßnahmen, die den Anforderungen des zeitlich hochsensiblen Logistikgeschäfts gerecht werden, sind verpflichtenden regulatorischen Eingriffen in jedem Fall vorzuziehen.

BDI-Forderungen

- *Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungs-, Zoll- und Sicherheitsbehörden auf europäischer und internationaler Ebene einerseits und der Wirtschaft andererseits.*
- *Gemeinsamer Aufbau und Weiterentwicklung von freiwilligen Sicherheits- und Notfallmaßnahmen (grenzüberschreitend) auf Grundlage internationaler Mindeststandards und bewährter betrieblicher Unternehmenskonzepte zum Krisenmanagement unter Wahrung der Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche von Staat und Industrie.*
- *Etablierung beziehungsweise Ausbau länderübergreifender Expertengremien; Arbeitsprozess zur Evaluierung erfolgreicher Maßnahmen und gegebenenfalls freiwillige, gemeinsame Umsetzung durch Politik und Industrie.*
- *Gemeinsame Schulungs- und Sensibilisierungsprogramme für Mitarbeiter durch Behörden und Unternehmen; EU-weite Anerkennung entsprechender Qualifizierungen.*

Weiterentwicklung internationaler Sicherheitsstandards

International anerkannte und harmonisierte Sicherheitsstandards bilden die Grundlage für einen sicheren und nahtlosen Warenverkehr im Rahmen grenzüberschreitender Handels- und Logistikketten. Sie können unnötige Doppelungen von Sicherheitsprozessen vermeiden, die nur eine zusätzliche Last für die Wirtschaftsbetei-

lichten bedeuten, ohne einen Mehrwert für die Transportsicherheit zu haben.

Sicherheitsstandards sollten dabei auf bestehenden, freiwilligen Zertifizierungen und Regularien aufbauen und diese integrieren. So gibt es beispielsweise mit der AEOF/S im EU-Zollrecht, die europaweit Anwendung findet und darüber hinaus teilweise international, unter anderem in den Vereinigten Staaten und Japan anerkannt ist, TAPA oder der ISO 28.000 bereits Best Practices, die eine ausreichende Möglichkeiten zur Gewährleistung eines guten Sicherheitsstandards bieten. Die zugrunde liegenden Rechtsvorschriften sind flexibel und bieten einen hinreichenden Gestaltungsspielraum für eine Vertiefung und Weiterentwicklung.

Weitere verpflichtende Sicherheitsregularien sind weder notwendig noch zielführend.

Grundsätzlich sind auch hier risikobasierte und abgestufte Kontroll- und Sicherheitslösungen pauschalen Lösungen vorzuziehen. Eine differenzierte Betrachtung von Sicherheitsmaßnahmen ist erforderlich, um den unterschiedlichen Strukturen, Geschäftsmodellen sowie Sicherheitskulturen der unterschiedlichen Verkehrssysteme Rechnung zu tragen.

BDI-Forderungen

- Schaffung und Ausbau international anerkannter Standards auf Grundlage bestehender, freiwilliger Zertifizierungen und Regularien.
- Integration bestehender Zertifizierungen und Regularien in ein EU-weit harmonisiertes, international anerkanntes strategisches Sicherheitskonzept.
- Globale Harmonisierung oder zumindest gegenseitige Anerkennung der europäischen Sicherheitsverfahren mit Drittstaaten (Ermöglichung eines internationalen „One-Stop-Shop“-Ansatzes)
- Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit ausreichenden Kapazitäten und Ressourcen sowie gegenseitige Anerkennung ge-

eigneter Kontrollmethoden zur Vermeidung zeitlicher Engpässe bei Logistikprozessen.

Ein maritimes Bewusstsein!

Es muss unter Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft ein Bewusstsein für die Problemlage fragiler maritimer Wertschöpfungsketten geschaffen werden. Zu diesem Schluss kommt Dr. Peter Hefele in seiner Studie „Fragile Wertschöpfungsketten: Zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements“ (Analysen & Argumente, Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin). Dem ist nichts hinzuzufügen!

Zuvörderst geht es nicht um Strukturen und Instrumente; es geht um das Bewusstsein, welches die notwendigen Strukturen und Instrumente schafft und sich ihrer bedient. Darum darf die Debatte um das Verständnis maritimer Zusammenhänge und ihrer Bedeutung für die Exportnation Deutschland nicht (ablauf)technisch oder logistisch geführt werden, sondern politisch. Und diese Debatte hat bislang nicht statt gefunden.

Zuerst die Standards & der Diskurs...

Wer Standards setzt, schafft Märkte! Im Grunde geht es um das künftige geordnete Miteinander im Kontext der Globalisierung. Die Standards einer TAFTA wirken auf die angestrebte TPP; westlich orientierte Industrienationen wie Japan, Singapur, Australien und Südkorea werden damit keine Schwierigkeiten haben. Fragt sich, was China und Indien global verpflichtenden Regeln wie Compliance, Corporate governance und Rule of law entgegensetzen wollen.

Berlin muss sich der Herausforderung einer europäischen Gestaltungsmacht zur Sicherung der globalen Ströme stellen. Und hier unterscheidet sich das deutsche Selbstverständnis von der klassischen Rolle als Militärmacht, wie Paris und London sich sehen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Berlin darf sich militärisch keinen schlanken Fuß machen; jedoch hat die neue Erzählung

(siehe oben) lediglich ein militärisches Kapitel unter anderen.

Mit Blick auf den pazifischen Raum sollte Berlin nach einem Partner Ausschau halten, der ähnliche Interessen verfolgt. Unseres Erachtens eignet sich Singapur für eine derartige Partnerschaft: Compliance, Corporate governance und Rule of law sind dort ebenso verankert, wie eine komplexe logistische Infrastruktur und eine global agierende maritime Industrie. Singapur unterhält gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die die Nutzung der Infrastruktur für amerikanische Marineschiffe einschließt.

Bringt man die wirtschafts- und industriepolitischen Prioritäten Deutschlands auf den Punkt, so steht ein transatlantisches Freihandelsabkommen zur Beherrschung der Globalisierung neben einer erfolgreichen Energiewende. Nationales Interesse steht nicht im Widerspruch zu Berlins europäischer Verantwortung – im Gegenteil! Ergebnis eines solchen Diskurses muss die Neuordnung politischer und ministerieller Strukturen mit Blick auf die neue Herausforderung sein. Welcher Bundestags-Ausschuss soll sich mit diesem Thema befassen, welches Ministerium ist federführend? Da es sich bei der Bewältigung der globalen Ströme um ein ressortübergreifendes Thema handelt, sei der Koordinator der Bundesregierung für die strategische Industrie beim Bundeskanzler/bei der Bundeskanzlerin angeraten. Eine minimalistische Definition der strategischen Industrie schließt sicherlich kritische Infrastruktur (Häfen, logistischen Drehscheiben) sowie „Treiber der globalen Logistik“ (einschlägige Unternehmen, Reedereien und Fluggesellschaften) mit ein.

Die ressortübergreifende Befassung gilt auch für den Bundestag, der mit seinen Ausschüssen im Wesentlichen bestehende Ministerien widerspiegelt. Ein parlamentarischer Ausschuss für Fragen der Globalisierung könnte sich aus Mitgliedern verschiedener Fachausschüsse wie Auswärtiges, Wirtschaft und Verteidigung zusammensetzen. Und die Deutsche

Marine bildet die maritimen Fähigkeiten der Bundeswehr ab!

Von Räumen & der Hanse

Das Denken in Räumen (eine andere Interpretation von Domain awareness) als Voraussetzung für den Beitrag Europas zur Sicherung globaler Ströme ist in Deutschland unterentwickelt und steht im Widerspruch zum augenscheinlichen Erfolg als Exportnation. Hier ist eine argumentativ tragfähige Brücke zu schlagen.

Der Blick zurück kann hilfreich sein. Auf einer populären virtuellen Nachschlageseite lesen wir: Hanse ist die Bezeichnung für die zwischen Mitte des 12. Jahrhunderts und Mitte des 17. Jahrhunderts bestehenden Vereinigungen niederdeutscher Kaufleute, deren Ziel die Sicherheit der Überfahrt und die Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen besonders im Ausland war. Die Kaufleute der Hanse hätten die Dynamik der Globalisierung umgehend verstanden.

Heinz Schulte

Heinz Schulte ist Chefredakteur der griephan Publikationen und Vorstandsmitglied der pmg. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Dieser Beitrag ist ein Nachdruck des griephan special 02/2013 www.griephan.de

THEMEN

Europa ist Pflicht!

Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D. vor der Politisch-Militärischen Gesellschaft zu „Europa ist Pflicht!“ am 29. Januar 2013

Preußen und Bayern

Vielen herzlichen Dank für Ihre Einladung zur Politisch-Militärischen Gesellschaft. Ich habe sie sehr gerne angenommen, obwohl ich mir bewusst bin, dass ich hier leicht vermintes Gelände betrete.

Ihre Politisch-Militärischen Gesellschaft will die Tradition der „Militärischen Gesellschaft“ von Gerhard von Scharnhorst wieder aufleben lassen.

Scharnhorst, dieser große Reformator des preußischen Heerwesens und bedeutende Truppenführer,

war eine der prägenden Gestalten der großen europäischen Wende im Frühjahr 1813, die das Ende der Herrschaft Napoleons brachte und zur Neuordnung Europas im Wiener Kongress führte.

Im Juni dieses Jahres werden Sie gewiss sein 200. Todesjahr ehren: Am 28. Juni 1813 verstarb Scharnhorst in Prag an einer Schusswunde, die er am 2. Mai 1813 in der Schlacht bei Großgörschen – der ersten Schlacht der Befreiungskriege – erlitten hatte.

Der Bayer muss eingestehen, dass sein Heimatland zu diesem Zeitpunkt (noch) auf der anderen Seite, auf der Seite Napoleons, stand. Nach der Katastrophe des Russland-Feldzuges von 1812, in dem das bayerische Rheinbundkontingent von 30 000 Mann fast völlig aufgerieben wurde, versuchte Bayern sich von Napoleon zu lösen. Aber die Verhandlungen mit der antinapoleonischen Allianz Preußen – Russland – Österreich gestalteten sich dramatisch, und in ihrem Ergebnis hatten sie eine grundlegende Bedeutung für die ganze deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts.

Die Verhandlungen drohten vor allem an der Forderung des preußischen Staatskanzlers Hardenberg zu scheitern, der von Bayern eine Rückgabe von Ansbach und Bayreuth, den Stammländern der Hohenzollern, forderte und damit die Identität des neuen Bayerns in Frage stellte. Am 11. April 1813 kam es deshalb zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Preußen und zur Ausweisung des preußischen Geschäftsträgers in München.

Bayern bewegte sich nun auf Österreich zu, dessen Diplomatie der österreichische Staatskanzler Metternich weitaus geschmeidiger und konzilianter gestaltete. Mit dem Teplitzer Vertrag vom 12. August 1813 wurde dann die juristische Grundlage für den Übertritt Bayerns zur Koalition geschaffen. Metternich verhandelte dabei mit den süddeutschen Staaten auf der Grundlage einer Zusicherung ihrer staatsrechtlichen Unabhängigkeit und territorialen Integrität.

Heinrich von Treitschke, Preußens Hof-Historiker und Propagandist, hat lange erbittert dagegen gewettert, dass Bayern, „der gefährlichste und bösartigste Staat des Rheinbundes“ nicht zur Rechenschaft gezogen wurde und „den Raub der jüngsten Jahre“ – Ansbach und Bayreuth – behalten durfte.

Für Bayern wiederum war die Haltung Österreichs und dessen Garantie der bayerischen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Schlüssel für einen Systemwechsel in den Befreiungskriegen und dann das bestimmende Moment bayerischer Politik bis 1866.

1866 steht Bayern dann auch an der Seite Österreichs und des Deutschen Bundes im Krieg gegen Preußen. In wenigen Monaten ist alles vorbei. Die preußische Armee besiegt die österreichisch-bayerische bei Königgrätz. Dann marschiert sie in Bayern ein. Im August wird der Friedensvertrag unterzeichnet, in dem Bayern noch glimpflich davonkommt.

Mit dem Ende dieses Krieges von 1866 sind dann auch alle Hoffnungen auf einen großdeutschen Staatenbund zerstoßen, in dem die beiden Großmächte Österreich und Preußen, aber auch Mittelstaaten wie Bayern, ihren gleichberechtigten Platz gehabt hätten. Der Weg in den kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie ist vorgezeichnet.

Wenige Jahre später räumt Preußen dann mit dem national aufgeladenen Konflikt und dem Krieg mit Frankreich die letzten Hindernisse auf dem Weg zum Berliner Nationalstaat bei Seite.

Noch während der deutsch-französische Krieg tobte, ging es im Bayerischen Landtag um Sein oder Nichtsein Bayerns. Die Abgeordneten hatten die Entscheidung zu treffen

- zwischen dem Fortbestand eines souveränen Staates in einem selbstständigen Königreich,
- und dem Eintritt in das Deutsche Kaiserreich, verbunden

mit einer übermächtigen preußischen Dominanz.

Obwohl den bayerischen Abgeordneten noch keine Gelegenheit zur Debatte oder Abstimmung gegeben war, trat am 1. Januar 1873 der Versailler Vertrag über die Bildung des Deutschen Reiches in Kraft. Ihre Debatte und Abstimmung war deshalb im wahrsten Sinne „alternativlos“.

Gemäß der bayerischen Verfassung mussten die beiden Kammern des Landtages den ausgehandelten Beitrittsverträgen zustimmen. Man lieferte sich dabei wahre Redeschlachten. In der zweiten Kammer rangen die Abgeordneten zehn Tage heftig miteinander.

Wortgewaltiger Widerständler war etwa der Abgeordnete Dr. Anton Ruland von Würzburg: *„Was wird Bayern glücklicher machen, die Verträge oder die alte Verfassung? Was wird Bayern lieber sein: Bleibt es im Glanze seiner eigenen Krone, oder im Glanze der neuen Kaiserkrone? Ich habe geschworen und bleibe meinem Eide treu: Ich will ein freies Bayern und einen freien König haben. Deshalb stimme ich gegen diese Verträge.“*

Nicht weniger patriotisch war der fränkische (!) Gegner der Verträge Georg Arbogast zu Franckenstein, der in der ersten bayerischen Kammer am 30. Dezember 1870 gegen den Vertrag stimmte: *„Ich dachte nicht die deutsche Einheit auf der einzigen Basis eines unermesslichen Heeres, sondern ich dachte sie mir allerdings stark nach außen, aber frei nach innen. Das ist meine innigste Überzeugung, ein Staat, eine Föderation, der es an der Freiheit, an der Möglichkeit freier Entwicklung fehlt, hat keine Zukunft.“*

Wir alle wissen, welche Entwicklung und welches Ende der deutsche Nationalstaat von 1871 genommen und gefunden hat. Die Vertreter des bayerischen Volkes, die sich in der Abstimmung am 22. Januar 1871 gegen die Versailler Verträge ausgesprochen haben, haben nicht Recht bekommen, aber Recht gehabt.

So wie der bayerische Märchenkönig Ludwig II., dem sich jetzt wieder einmal ein Spielfilm widmet. Er hat die Berliner Politik lebenslang als die „ansteckende Pest des unseligen Deutsch-Schwindels“ bezeichnet und abgelehnt.

Auf der Suche nach Europa

Der Bayer empfindet sich deshalb heute von einem politischen Wüdergänger heimgesucht. Winston Churchill *„Wir sind für Europa, aber nicht Teil davon. Wir sind verbunden, aber nicht einbezogen. Wir sind interessiert und assoziiert, aber nicht absorbiert. Wir gehören nicht zu einem einzelnen Kontinent, sondern zu allen Kontinenten.“*

Von wem stammt das? Falsch: Das stammt von Winston Churchill aus den 30iger Jahren des letzten Jahrhunderts. In Sachen Europa wird immer gerne die Rede von Winston Churchill vom 19.09.1946 in Zürich zitiert, in der er gefordert hat: *„Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.“* Was aber meistens unterschlagen wird, ist der Schluss dieser Rede, in dem Churchill betont: *„Großbritannien, das Britische Commonwealth ... müssen dem neuen Europa als wohlwollende Freunde gegenüberstehen und ihm zu seinem Lebensrecht verhelfen. So möge denn Europa erstehen.“*

Das hat sich inzwischen geändert. Großbritannien ist mittlerweile Mitglied der europäischen Staatenfamilie. Wenn auch ein – wie Premierminister David Cameron jüngst am 23. Januar hervorgehoben hat, ein „streitbares und ziemlich eigensinniges“ Mitglied.

Für dieses eigensinnige und streitbare Mitglied hat sein Premierminister jüngst in einer bemerkenswerten Rede, welche die entscheidenden Fragen stellt, die aufgegriffen und gelöst werden müssen. Die Europäische Union wird sich (so David Cameron) in den nächsten Jahren *„irgendwann auf eine Änderung der Verträge verständigen müssen, um die Neuerungen einzuführen, die langfristig für die Zukunft des Euro notwendig sind. und um dieses*

von Vielfalt, Wettbewerbsfähigkeit und demokratischer Rechenschaftspflicht geprägte Europa, das wir anstreben, fest zu verankern“.

Im Kern geht es heute um eine Auseinandersetzung zwischen zwei ganz unterschiedlichen staatspolitischen Konzeptionen und Kulturen:

- Liegt die Zukunft Europas in einem Mehr an Zentralisierung, einem europäischem Etatismus und einer großen zentral gesteuerten europäischen Transferunion, welche die Unterschiede mehr oder weniger sanft von oben ausgleicht und nivelliert?
- Oder liegt die Zukunft Europas auch weiterhin in dem Unterschied, im Wettstreit und im Wettbewerb, in der Wahrung nationaler und regionaler Identitäten – bei allem Wandel und bei aller Annäherung, die die Globalisierung der Welt mit sich bringt?

So stehen sich auf der anderen Seite die Anhänger der großen Transferunion gegenüber, für die das Heil in einer Art Super-Sozialstaat liegt, der die Differenzen, die sich aus den unterschiedlichen Leistungsstärken der einzelnen Mitgliedsstaaten ergeben, weitgehend ebnet.

Und dagegen steht das Lager derjenigen, für welche die nationalen Grenzen weiterhin ihre Bedeutung haben, weil sie im Unterschied und im Wettstreit, in der Eigenverantwortung und Selbstständigkeit ihre Werte sehen und die Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe verstehen, die keine Einbahnstraße ist, sondern in der sich soziale Solidarität – die Pflicht zur Hilfe – mit politischer Solidarität – der Pflicht zur Selbsthilfe – verbindet.

„Flexible Union freier Mitgliedsstaaten“

Diese alte Diskussion um die Ordnungspolitik eines geeinten Europas – um Zentralisation oder Dezentralisation – bereichert Cameron mit einer Überlegung, die ich faszinierend und überzeugend finde. Er plädiert für eine europäische Union als eine „flexible Union freier Mitgliedsstaaten“, keine poli-

tische Union also, sondern ein „flexibles Netzwerk“: „Wir dürfen uns die Arbeit nicht erschweren, in dem wir auf einem Einheitsmodell bestehen, das von der Annahme ausgeht, dass alle Länder das gleiche Maß von Integration anstreben. Fakt ist: Sie wollen das nicht, und wir sollten auch nicht vorgeben, dass wir es wollen.“

Gegen den Vorwurf, dass damit gegen ein wesentliches Prinzip der Gründungsphilosophie der EU verstoßen werde, verweist Cameron auf die Realität der heutigen Europäischen Union: „Siebzehn Mitglieder gehören der Euro-Zone an, zehn nicht. Sechszwanzig europäische Staaten sind Schengen-Mitglieder - darunter vier Nicht-EU-Länder. Zwei Länder - Großbritannien und Irland - halten an ihren Grenzkontrollen fest. Einige Mitgliedsstaaten wie Großbritannien und Frankreich sind bereit, willens und fähig, in Libyen oder Mali einzugreifen. Andere fühlen sich beim Einsatz militärischer Gewalt unwohl. Lassen Sie uns diese Vielfalt begrüßen, statt sie zu ersticken..... Weit davon entfernt die EU auszuhöhlen, wird dies viel mehr die Mitgliedsstaaten enger aneinander binden, weil eine flexible freiwillige Zusammenarbeit ein viel stärkeres Bindemittel ist als eine von der Zentrale verordnete Zwangsmaßnahme.“

Als unser Thema heute haben Sie – in politischmilitärischer Knappheit – formuliert: „Europa ist Pflicht!“ Natürlich ist Europa Pflicht, – mit Blick auf unsere unselige kriegerische Vergangenheit und auf die Zukunft in einer globalisierten Welt. Aber nicht nur Pflicht – Europa ist mehr. Europa ist Kür: die freiwillige, selbstbestimmte, selbstverantwortliche Kür und Wahl der Teilhabe.

Europa ist Pflicht, weil es unseren Frieden sichert und den Wohlstand verteidigt und mehrt. Aber das verlangt keine zentralistische politische Union, keine Vereinigten Staaten von Europa. Dafür genügt auch ein flexibles Netzwerk, das der Vielfalt der Mitglieder gerecht wird und in seiner Flexibilität, Wahlfreiheit und Offenheit die Wettbewerbsfähigkeit Europas fördert. Dazu Cameron:

„Die EU muss so schnell reagieren können wie ein flexibles Netzwerk, sie darf kein schwerfälliger, starrer Block sein.“

Die Krise der letzten Jahre hat für alle sichtbar gezeigt, dass es ein Europa der vielen Geschwindigkeiten gibt: Staaten mit oder ohne Euro, Staaten mit gesunder Volkswirtschaft und Krisenstaaten, Staaten, die aus der Union nahezu hinausgetragen werden, wie Großbritannien etwa. Hier nützt keine politische Gleichmacherei, so lange nicht die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den einzelnen Staaten ins Lot gebracht wird. Cameron weiter: „Wir brauchen eine Struktur, die der Vielfalt ihrer Mitglieder gerecht wird – Nord, Süd, Ost, West, klein, groß, alt und neu.“

Das ist das Schlüsselwort. Die Vielfalt ist Europas größter Vorzug: Die Vielfalt seiner Staaten, Völker und Gesellschaften, die unterschiedliche Lösungen hervorbringen und auf diese Weise Individualität und Innovation fördern.

Daniel Brössler in der Süddeutschen Zeitung vom 26./27.01.2013 („Duell der Botschaften“): „Was der Rede des Premierministers ... ihre Kraft verleiht, ist die Klarheit des in ihr formulierten Ziels. Es ist eine „flexible Union freier Mitgliedsstaaten“, keine politische Union also, sondern ein Netzwerk, mal mehr und mal weniger Gleichgesinnter mit der Mission, den Binnenmarkt in Europa zu vollenden, weltweit Märkte zu eröffnen und den Wohlstand seiner eigenen Bürger zu sichern. Dies ist der Kern der Rede Camerons. Tatsächlich will er ein anderes Europa. Cameron und die Briten verdienen darauf eine Antwort.“

Prinzip der Subsidiarität

Einen weiteren großen Stein hat Cameron in den Teich der politischen Diskussion um Europa geworfen, der gewaltige Wellen geschlagen hat: „Mein drittes Prinzip ist, dass es auch möglich sein muss, dass Macht an die Mitgliedsstaaten zurückfließt, anstatt nur von ihnen abgetreten zu werden. Wir müssen dieses Prinzip angemessen umsetzen.“

In der Präambel der EU-Verträge versprechen zwar die Mitgliedsländer, eine „immer engere Union der Völker Europas“ zu schaffen, aber die in Brüssel bevorzugte Interpretation, dass damit eine immer stärkere politische Integration und damit Verschiebung von Kompetenzen und Souveränität an die europäische Zentrale gemeint ist, entspricht nicht dem Lisabon-Vertrag.

In dessen Artikel 48 heißt es nämlich ausdrücklich, dass eine Änderung der Verträge durchaus nicht nur eine Ausdehnung, sondern im Gegenteil auch eine „Verringerung der der Union in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten zum Ziel haben“ kann. Die Entwicklung der Europäischen Union ist keine Einbahnstraße hin zu immer mehr an zentralistischem Brüssel-Europa.

Der gleiche Vertragsartikel legt auch fest, dass die Regierung eines jeden Mitgliedsstaats, das Europäische Parlament oder die EU-Kommission Entwürfe zu „Änderung der Verträge vorlegen“ kann.

Europas Wesen und Wert ist seine versöhnte Vielfalt. Das wichtigste Grundprinzip einer europäischen Gemeinschaftsordnung ist daher das der Subsidiarität. Es verlangt Selbstverwaltung und Dezentralisation, um den Raum der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung zu sichern. Die Zukunft Europas kann darum nicht in der Enteignung des nationalen Souveräns liegen, solange dieser der einzig demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Vertreter seines Volkes ist.

Man kann also sehr gespannt sein, welche Vorschläge zu einer Änderung der Verträge Cameron vorlegen wird, welche eine schlankere, weniger bürokratische, weniger zentralisierte Union im Blick haben. Ob Großbritannien mit solchen Vorschlägen erfolgreich sein wird, ist natürlich eine andere Frage. Schließlich liegen die Hürden ziemlich hoch. Der Prozess, die Verträge zu ändern, kann nur dann in Gang gesetzt werden, wenn eine „einfach Mehrheit“ der Mitgliedsländer dem im Europäischen Rat zustimmt. Von den gegenwärtig

noch 27 Mitgliedsländern müsste Großbritannien also 13 auf seine Seite ziehen.

Des Volkes Stimme

Noch einen weiteren großen Stein hat Cameron geworfen: Die Frage der demokratischen Verantwortlichkeit. Cameron: *„Wir brauchen eine größere und bedeutendere Rolle für die nationalen Parlamente. Einen europäischen Demos gibt es meines Erachtens nicht. Vielmehr sind und bleiben die nationalen Parlamente die eigentliche Quelle demokratischer Legitimität und Verantwortlichkeit in der Union ... Zwischen der EU und ihren Bürgern klafft eine Lücke, die in den letzten Jahren dramatisch gewachsen ist, und die in einem Mangel an demokratischer Verantwortlichkeit und Zustimmung besteht.“*

Ich habe, wie Sie wissen, in den vergangenen Jahren wiederholt Verfassungsbeschwerden gegen europapolitische Gesetze eingelegt. Das Bundesverfassungsgericht ist diesen Beschwerden in keinem Fall vollumfänglich gefolgt und hat damit seine nun 60jährige Rechtsprechung aufrechterhalten. Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht in einer hochpolitischen Angelegenheit mit internationalen Implikationen ein Projekt für verfassungswidrig erklärt, wenn dies von der Bundesregierung betrieben wurde und wenn Regierungs- und Oppositionsparteien sich einig waren.

In allen seinen Entscheidungen zu diesen Verfassungsbeschwerden aber hat das Bundesverfassungsgericht die Position des Bundestages in diesem europapolitischen Entscheidungsprozess gestärkt. Das Gericht hat dem Bundestag die Kompetenzen zurückgegeben, deren er sich selbst entäußert hatte.

So hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahre 2009 auch den Lissabon-Vertrag gebilligt, dabei aber auch klargestellt, dass das Grundgesetz eine Übertragung von Hoheitsrechten an die EU nur erlaubt, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedsstaaten souveräne Staaten bleiben und die EU ein Staatenverbund ist und nicht zu einem Bundesstaat wird.

Eine darüber hinaus gehende „Integration“, eine derartige „Verfassungsneuschöpfung“ müsste nach Artikel 146 GG „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen“ werden.

Die große Aufregung über Camerons Vorschlag, gegebenenfalls eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs durchzuführen, ist es deshalb schon sehr bezeichnend für das Demokratieverständnis und Europabild mancher Kritiker. *„Sind Volksabstimmungen die neue Geißel Europas – oder ein Heilmittel gegen die Bürgerferne der Europäischen Union? In Brüssel und den europäischen Hauptstädten ist eine Volksabstimmung über europäische Fragen so gefürchtet wie vor 1000 Jahren ein Einfall der Wikinger,“* so Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juni 2008. Daran hat sich offensichtlich nichts geändert.

Die Kritik an einer Volksabstimmung ist im Falle des Vereinigten Königreichs besonders abwegig, denn seine Mitgliedschaft wurde von seinen Bürgern entschieden: Am 05. Juni 1975 haben erstmals in der Geschichte des Landes die Bürger in einer nationalen Volksabstimmung nach den Neuverhandlungen der Vertragsbedingungen unter Premierminister Harold Wilson dem Verbleib in der EU zugestimmt. 67,2% waren dafür, 32,8% dagegen. Es ist deshalb schon erstaunlich, dass diese freie Abstimmung die vermeintlichen Freunde Europas so wütend macht. Aber es ist diese Form der Bevormundung und Besserwisseri, die der europäischen Idee zurzeit einen so ungunstigen Zug verleiht.

London kann Europa und der Welt mehr bieten als Brüssel. Hinter den hässlichen Fassaden der EU-Hauptstadt reden zwar alle Englisch, aber „ein Austritt Großbritanniens aus der EU ist nicht dramatisch“ – sagt Daniel Cohn-Bendit. Dümmer kann man sich nicht ausdrücken.

Ein Austritt Englands wäre das Ende der Brüsseler Veranstaltung, weil dann an der EU-Tektonik nichts mehr stimmt. Dies ist möglicherweise nicht nur schlecht, weil

nach jedem Ende ein neuer Anfang kommt.

Warum sie sich über Cameron so aufregen? Der konservative Premierminister hat doch nur verlangt, womit schon der linke Papandreou die Euroretter auf die Palme gebracht hatte: das Volk zu befragen.

Eine andere Frage ist, was passiert, wenn die Schotten nächstes Jahr ihre Selbstständigkeit beschließen. Dann werden die Karten ohnehin neu gemischt. Und wir Bayern werden uns natürlich eingehend beraten, ob wir es nicht den Schotten nachmachen sollten. „Bayern kann es auch allein“ hat Winfried Scharnagl jüngst sein „Plädoyer für einen eigenen Staat“ überschrieben und seinen Vorschlag, dem zentralistischen Brüssel gestärkte Regionen entgegenzusetzen. Er hat wohl Recht. Dann finanziert Bayern eben per Transfer nicht mehr Berlin samt Wowereit und seinen Flughafen, sondern nur noch Malta oder Zypern. Dort ist es wenigstens sonnig und warm.

„Untergehen oder verschweizern“

In seinem Roman „Justiz“ bringt Friedrich Dürrenmatt das Schicksal unseres Globus auf eine ebenso gewagte wie verblüffende Formel: „Die Welt wird entweder untergehen oder verschweizern.“ Wie meint Dürrenmatt das? Was die Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten und Völkern heraushebt, ist ihr Umgang mit Problemen der Verschiedenheit, ihre Suche nach Lösungen bei kulturellen, sprachlichen, religiösen oder ethnischen Konflikten, die von allen getragen werden können – kurz: die vorbildliche Bewältigung ihrer Multikulturalität.

Die sprachliche, kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt wird nicht (mehr) als Bedrohung der eigenen Besonderheit, sondern als deren Ergänzung und Bereicherung empfunden. Insofern versteht sich das aus einer Vielfalt „zusammengesetzte“ Schweizer Volk in erster Linie als eine Wertegemeinschaft, die sich den politischen Grundprinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats, des Föderalismus

sowie nicht zuletzt dem Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet weiß.

Den deutschen Politiker beeindrucken, wie weit entfernt die Schweiz von einer Parteiendemokratie wie der in Deutschland ist, in der die Parteien nicht nur die maßgeblichen Faktoren der politischen Willensbildung sind, sondern auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens einen dominierenden Einfluss ausüben.

In der Schweiz hingegen sind die Verfahren direkter Demokratie zu einer Art Markenzeichen dieser Demokratie geworden und haben weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Regierungssystem. Denn allein schon die Möglichkeit, dass Teile des Volkes ihre besonderen Anliegen zum Gegenstand der Beratung machen, oder dass das gesamte Volk ein beschlossenes Gesetz annulliert, zwingt die Politiker und ihre Parteien, bereits im Vorfeld Kompromisse zu suchen und Lösungen zu finden, die nach allen Richtungen hin abgesichert und nur schwer angreifbar sind.

Den Deutschen fasziniert weiter, dass in der Schweiz die Kantone im föderalen Verfassungsgefüge eine weitaus größere Rolle als die Länder in Deutschland und wohl auch als die Gebietskörperschaften in den meisten anderen Bundesstaaten dieser Welt spielen. Der Freistaat Bayern mit den Rechten und Freiheiten eines Schweizer Kantons: Das wäre die reine Seligkeit.

Aufgrund historischer Erfahrungen und langer Fremdherrschaft gehören Freiheitsdrang und Freiheitsliebe zu den hervorstechendsten Eigenschaften der Schweizer. In der Verfassungswirklichkeit schlägt sich das darin nieder, dass in erster Linie die Gemeinden der Ort bürgerschaftlichen Engagements und der Ort persönlicher Beziehungen sind.

Die Gemeinden haben die Funktion einer identitätsvermittelnden Einrichtung. Man ist Baseler, Berner oder Züricher und steht lebenslang mit seiner Wohnsitzgemeinde in engster Verbindung.

Dabei fasziniert den Deutschen wiederum der Variantenreichtum und die außerordentliche Vielfalt des Schweizerischen Kommunalwesens, die jeden biederen, braven deutschen Kommunalrechts- und Gebietsreformer verzweifeln lassen würde. Allein schon die Frage der Größe (um die bei uns im Rahmen der Gemeindegebietsreform erbittert bis aufs Blut gestritten wurde):

- Die kleinste Gemeinde der Schweiz umfasst 28 Hektar, die größte tausend mal so viel: 28.000 Hektar.
- Die Stadt Zürich hat mehr öffentliche Angestellte als der Kanton Appenzell-Innerrhoden Einwohner.

Obwohl diese Disparitäten beträchtliche Kosten verursachen, würde eine Generalbereinigung der kommunalen Zersplitterung, eine Gemeindegebietsreform à la Deutschland, in der Schweiz auf völliges Unverständnis stoßen und fast schon als revolutionärer Akt für ein Land empfunden werden, in dem niemand gern einen Herrscher über sich duldet.

Europa – die Schweiz der Welt?

- Das Megalopolisch-Unsympathische der EU löste ein solcher Vorschlag jedenfalls sofort auf.
- Ebenso positiv wäre die Vorstellung von Europa als Eidgenossenschaft.
- Auch die Pflege von Vielsprachigkeit könnte Brüssel von Bern gut lernen.
- Ebenfalls die Achtung vor kantonaler Selbstbestimmung und staatsbürgerlicher Funktion.
- Vor allem der unbedingte Respekt vor dem Volkswillen und die Balance von globaler Einbindung und örtlicher Autarkie.
- Und dass es nicht auf die Größe eines Territoriums ankommt, sondern das, was man damit macht.

Dr. Peter Gauweiler, MdB

Dr. Peter Gauweiler ist Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag sowie Rechtsanwalt und Autor in München.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Approaches to Maritime Security in the Atlantic

The current Euro-Atlantic concert presents a favorable condition for initiatives toward a collaborative securing and development of Atlantic rim in 21st century. This favorable condition evolves from three positive aspects.

First, United States' review of its maritime policy towards the support of collaborative regional approaches. Second, the up-to-date expertise and experience in multinational maritime security operations by the NATO's European members in East Africa. Third, the recent re-establishment of the South Atlantic Peace and Cooperation Zone (ZOPACAS).

It seems possible an Euro-Atlantic concert in favor a better managing of Atlantic sea and all the potentialities it involves. Regarding the evolution of Brazil-United States strategic dialogue, including the Brazilian central role in the ZOPACAS, the advancement of a better compromise between Brazil and Europe may push Brazil to act as moderating pole between the two main several transatlantic regimes that take place in nowadays. On one hand, the Atlantic alliance – NATO – was created in a very specific international political condition and attends other aims than just maritime security, but its European members may present an active role in moderate the asymmetric condition of power that United States has in the seas for a more focused and shared approach in the North Atlantic. On other hand, the ZOPACAS is a younger initiative which has enormous potential to advance a multilateral governance of South Atlantic, in which Brazil performs a central role in connecting and articulating South American and West African countries.

One may point out that an wider multinational approach than NATO and ZOPACAS to attend maritime governance are out of propose and functionality, however these

two transatlantic arrangements should learn to compromise and benefit from each other.

Furthermore, any consideration of an Euro-Atlantic arrangement towards maritime security has to take in account 3 challenges in order to foster results, and those should be reflected together between Brazilians and Europeans.

The Atlantic condition of power in 21st century

First, it is not possible any maritime security arrangement, particularly in the Atlantic, without considering United States. The appreciation of Brazilian status, and any other country, in Atlantic demands a better understanding of United States' hegemony in Americas, then its presence and reach on others areas from there, so they are the overall political and strategic conditions in each of them¹.

The primacy of the United States in world affairs constitutes the framework of our present international political reality. This position in the world derives from its unique status as the sole regional hegemon in the Americas². Its superior wealth and population has prevailed unchallenged from the ending of the 19th Century. The military hegemony and its political consequences, to Americas and other regions, were built during the 20th century. United States is more powerful than any number of the remaining great powers, but does not seem capable of becoming a world hegemon. This is the defining characteristic of the 21st century's international system³.

The American hegemony has favored four patterns of United States' security policies.

- United States has been reactive against any insertion in the Americas by an extra-continental great power. This became an American political condition after expelling Spain of the continent in 1898 and by United Kingdom's consent to the Moore Doctrine in 1900;
- United States has interposed against any great change of power in the region. United States' reaction has been proportional to the proximity of the sub-regional system. On the one hand, United States' presence, served regularly of interventions, in Central America and Caribbean was as early as the achievement of regional hegemony. And this turned the sub-regional armed forces on constabulary guards. On the another hand, United States' presence and involvement in South America was latter and slower, firstly after the Second World War;
- Third, United States has balanced and disarmed every potential regional hegemonic state in Europe and Asia. Its first experience as an external balancer in Europe on 1920's was just after conquered the American hegemony between 19th and 20th centuries. Furthermore, United States' agenda was systematically to balance any regional hegemon's bids by Germany, Japan and Soviet Union (Mearsheimer, 2003, Chapter 7);
- In the last 20 years, United States was able to hold, what Barry Posen (2003) defines as, the command of commons, which means United States domain almost absolute of space (understood as the Earth's orbit), the 'command of the sea approaches' from the oceans, and its ability to impose and sustain air supremacy above 15 thousand feet in most of regions of world it may decide to act militarily.

Furthermore, any Euro-Atlantic management of maritime security needs to be able to accommodate United States' security orientations in the American continent and its great asymmetry in maritime capabilities.

The Brazilian maritime policy

Second, European countries need to recognize Brazilian rising ap-

proach to South Atlantic. It is important to be highlighted in the debate that what is going on in Brazil now in terms of maritime approach is not just a review or adjustment of former foreign and defense policies. Motivated by several aspects that gravitate around the new richness found in South Atlantic coasts, Brazil is, for the first time in many years, advancing a real maritime policy. For the first time Brazil is being able to articulate its diplomatic, economic, technical and military assets in order to have the actual tools to secure the South Atlantic in the near future according to regional interests.

The new emphasis on Brazilian Navy fleet in composition with a new system of surveillance and control of Brazilian coast, the renaissance of Brazilian naval industry, the reach of Petrobras in the two sides of the South Atlantic, and finally, the re-establishment of the South Atlantic Peace and Cooperation Zone sustain the Brazilian design for securing and development of South Atlantic area.

The most important aspect of that Brazilian maritime approach is its ultimate intent, which is to provide the guarantees of its national seas through shared and multilateral governance in the region. Countries in situations similar to the Brazilian one decide to develop maritime capabilities according to two political motivations. Or they are motivated to fight one specific threat and war, or they decide to pursue a maritime buildup as part of an attempt at transitioning from a regional land power to the status of global player, which demands maritime reach. In the first case, the capabilities to be produced are specific and developed in accordance to one or a set of possibilities of war. Most of the solutions are mixed between national and external standards of naval procedures and weapon systems.

In the second case of transition, to be a maritime power is realized by the rising state as a requirement to global "game". This belief, in turn, encourages the rising power to seek to emulate the existing established maritime power of the

¹ This paper accepts the offensive realism argument on Americas (Mearsheimer, 2003). I also recognizes the analytical consequences of offensive realism to South America proposed by Proença Júnior e Diniz (2008).

² For a comprehensive review on the entire debate on offensive realism, unipolarity vs. hegemony and the balance of its results in terms of qualifiers and criticism of Mearsheimer's conclusions, see Diniz (2006), esp p. 2-17.

³ For a more complete presentation of the consequences for the international system and the consideration of the state of the system, see Diniz (2005).

day in purpose if not in precise fleet composition. The resulting fleets, then, are not designed, built, and operated expressly to conduct a particular wartime naval strategy; they are the product of political goals and intended to pursue specific political designs of grand strategy. In the past, that was the patterns of behavior of Imperial Germany and Soviet Union. And tons of study are dedicated to realize if China is or will be following it.

So, considering this simple framework, the short answer is that Brazil does not emulate United States and because Brazil does not consider having a military maritime might as a golden ticket, but Brazil does consider that the sea shall foster the Brazilian development towards a Golden Age. Brazilian recent history can be told by its struggle against its limited energy recourses and the macroeconomic consequences of it to Brazilian development.

It was just in the last 10 to 15 years that Brazil became self-sufficient in oil production from sea deposits. The same period of time since which Brazilian economy achieved maturity and that Brazilian foreign policy achieved international reach. Based on the estimates of pre-salts deposits in the two sides of South Atlantic – and the related technologies and political achievements they shall provide – make Brazilian political leadership to believe that Brazil future as great power will be bounded to how Brazil will be able to protect and develop its Blue Amazon.

The research gap on war and its consequences to security and defense policies

The third and main challenge is that any multinational security arrangement, and especially a maritime one among democratic countries, demands improved and qualified personnel.

A civil service qualified in security and defense policies is a requirement for contemporary democracies to be able in providing the maximum security with the maximum liberty. This provision depends on a permanent selection,

education and training of specialized personnel by the governmental agencies, and progressive research programmes by the academe on peace, security and defense studies. As important as the existence of these two sets of activities, it is that they need to follow articulated between them. Otherwise, they both risk to loose substance and adherence with society and, consequently, public utility.

What follows is true for several South America and West African countries, but let limit the point to the Brazilian case. In Brazil the conduct of defense policy according to democratic criteria is a recent experiment, and its civil society is not yet fully qualified to provide the specialized personnel in the necessary quantity and quality. Brazil has one of its great challenges as a candidate as a global player to overcome the political history and institutions which constrained the development of the research on defense in universities until very recently and still makes it constrained and insufficient in conceptual and institutional terms.

Although Brazilian political leadership and military personnel advanced in professionalism, there is a relevant barrier in the provision of defense managers and analysts by Brazilian universities and governmental branches. One can propose that the more matured democracies of Europe can take this Brazilian deficit as the most relevant opportunity of contribution in favor the confidence and institutional buildings of an Euro-Atlantic security arrangement.

The establishment of exchanges between Europe and Brazil in expertise, education and training of civilian defense managers and defense analysts is not just a cheap and relevant contribution in itself, but its fruits shall be relevant in terms of enlargement of the pool of experts to think and propose instances of cooperation in security between the two sides of Atlantic, even beyond the maritime issues.

Quoting Rui Barbosa, "Fleets cannot be improvised". The same can

be said about any maritime security arrangement, which design and first results cannot flourish in few years, and which complexity cannot be addressed inadvertently.

Prof. Érico Duarte

Prof. Érico Duarte, DSc., IISS, Rui Barbosa Chair, Leiden University. Center for International Studies on Government (CEGOV) Doctoral Program on International and Strategic Studies, Universidade Federal do Rio Grande do Sul.

Opinions expressed in this contribution are those of the author.

Bibliography

- Diniz, E. (2005). *Da Teoria à Prática: Guerra do Iraque ou Ordenamento Unipolar? Cena Internacional*, 7(2), 4-27.
- Diniz, E. (2006). *Relacionamentos Multilaterais na Unipolaridade*. *Contexto Internacional*, 28(2), 502-565.
- Mearsheimer, J. J. (2003). *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W.W. Norton
- Posen, B. R. (2003). *Command of the Commons*. *International Security*, 28(1A better paper of Posen. tactics make difference. US can sustain its primacy.), 5-46.
- Proença Júnior, D., & Diniz, E. (2008). *The Brazilian Conceptualization of Security*. In H. Brauch (Ed.), *Globalization and Environmental Challenges: Reconceptualising Security in 21st Century* (pp. 311-320). Berlin: Springer.

LESEMPFEHLUNGEN - EDITORS CHOICE -

Bodansky, Yossef: *Heretic's Musings on the Triumph of Heritage*
in: *International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)*
August 2013, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=168190>

Thiele, Ralph D.: *Building an Actionable Knowledge Base for Dealing with the Sahel Region and its Particular Challenges*
in: *International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)*
August 2013, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=167757>

Dr. Pandey, Sheo Nandan & Prof. Kusum, Hem: *In the Annals of Sino-Indian Relations: Contours across the PLA Intrusion Crises*
in: *International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)*
August 2013, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=167752>

THEMEN

Japan's approach towards cyber security

Francis Bacon said *scientia potestas est* (knowledge is power) in the 16th century. Alvin Toffler indicates violence was the basic power of the nobility in ancient times, where a powerful elite worked largely through domination that threatened violence to those who did not comply. In the industrial revolution, as the merchant classes became more powerful and gained control of critical resources and channels, violence gave way to wealth.

Today, in the Third Wave, the power of knowledge is replacing commercial wealth as the primary source of power. If you have the right knowledge, you can get a lot done without recourse to money. Power is thus moving to the educated elite (and masses). Evolution of power has transformed and the Internet is a great leverage of power in this regard. Information and communication technology is a driving force for economic growth. Now we should realize that we are in the middle of paradigm shift of fundamental structural change. Big data is almost here and the era called 'Internet of Things' has come. Cyber attack is a new threat to our daily life. According to the Fire Eye report energy and utility companies saw a 60% increase in advanced malware incidents in the first half of 2012.

The world went from connected to hyper-connected and it has impacted on industry, school and workplace. Herman Van Rompuy, President of European Council, made a speech this spring regarding the perspective of cyber terrorism saying that it is a potential threat to the arteries of globalized modern life, telecommunication, banking systems and airports or energy grids. The U.S. President called for a comprehensive review of the security and resilience of the global digital infrastructure, a top priority in his administration soon after taking office.

According to the US Federal Emergency Management Agency, cyber security is "*the protection of information and property from theft, corruption, or natural disaster while allowing the information and property to remain accessible and productive to its intended users.*" This definition alone demonstrates the value of the involved systems and the data they transfer and store. Because of this value, communications and information infrastructures are subject to the same man-made and natural threats, risks, and vulnerabilities as are physical infrastructure such as buildings, dams or power lines. Man-made events are generated by human actions or omissions stemming from human error, negligence, criminal behaviour, or other motives. While natural disasters lack the intent or capability for operational error, they can have the same (or worse) results on cyber infrastructure, including damage ranging from inconvenience or degradation to outright destruction. Lately it has been pointed out that national institute, defence industries and infrastructure business and institute of research and development are threatened by persistent attack to exploit the classified information.

The Tallinn Manual's primary focus is the *jus ad bellum* (the law governing the use of force) and *jus in bello* (international humanitarian law). According to the Atlantic Council, "*The Tallinn Manual is only an assessment of 'black-letter law', which means it only tries to apply the law as it exists today; the book is silent on what the law should say on a topic. Only policymakers (and future treaties or court cases) can take that next step.*"

Other countries have started developing cooperative strategies and policies to tackle cyber security from the point of view of national security and economic growth. Cyber space has already become a worldwide common challenge. Yet, there is no common understanding towards cyber security and the European Network and Information Security Agency (ENISA) has pointed out that there is no comprehensive

definition at EU and at international level.

Japan is also under national security threat. Security is at transitional moment and is uncertain and exploitive. The context of this issue is not just a national nuisance but so diverse, it is political, economic and social. The players are individual, groups and state and are increasingly networked.

Here are the current challenges in Japan:

- Targeted cyber attack (mainly on certain organizations including SMEs, government and blue chip companies).
- How to define to invoke the right of (collective) defence or implement the right of the Self Defence Force (SDF) against cyber attack from overseas. Japan has put into effect emergency legislation on national security, but cyber attacks is not incorporated into this law. In Japan the SDF is only allowed to respond in the event of an armed attack. Japan has not defined if a cyber attack is regarded as an armed attack.
- Japan cannot block communication even if there is dubious virus since it infringes the constitutionally guaranteed secrecy of communication
- Lack of resources (human/ technology) to deal with cyber attacks

The current situation in Japan totally depends on overseas industry to cryptanalyze (analyse) the virus

- In Japan, the NISC (National Information Security Centre) is at the centre of cyber defence. However, the 'line-up' is poor.
- There is a sectionalism among ministries and they are reluctant to cooperate, share information with each other
- Japanese people themselves need to prepare. Most citizens do not pay attention to the issue of cyber security

In Japan the National Information Security Centre (NISC) was established in April 2005 within the Chief Cabinet Office as a centre for information security and to advance the standard of information

security of government and crucial infrastructure operators in case of cyber attacks. NISC was set up reflecting the targeted attack by Anonymous in 2005.

Prime Minister Mr Abe made a policy speech to the 183rd session of the Diet this February referring to reinforcing countermeasures and enforcing targeting cyber-crimes and cyber attacks, which are menace to the Internet society. This has led to the new efforts of The National Police Agency (NPA), which announced on March 2013 that Japan is set to launch a 140-strong nationwide police task force that would focus on fighting cyber crime, including attacks that come from overseas. The so-called cyber police are to be deployed in Osaka, Tokyo, as well as other strategic areas. The members are composed of specialists that have been recruited from private firms and are fluent in the English, Chinese, Korean and Russian languages and its primary goal is to go a level higher in protecting government organizations, defence contractors and private organizations that operate infrastructure in the country.

Also the Ministry of Internal Affairs and Communications (MIC) has launched Cyber Security Research Centre (CYREC) in April 2013 aiming at developing defence technology to deal with cyber attacks. The targets are to establish the hubs for cyber security R&D institutes concentrating the knowledge of All Japan, to develop practical as well as fundamental technology against new cyber attacks, implement social experiment in terms of R&D, and enhance international collaboration with Europe, the United States and with Asian regions for cyber security. This approach is fine and good to widen network monitoring, strengthening information analysis and capacity for judgment.

In response to this, a draft of The Cyber Security Strategy was released May 2013 and is now open for public comment. Here is the gist of the draft: the Information security environment is changing dramatically. This should be a

Japanese grand design to achieve mutual coordination among ministries. In the past three years, risks have been enormous, spreading and reached a global level. The scale and scope has expanded and grown.

Cyber space has become crucial for the daily activities, social and economic, and administrative. Fusion and integration has accelerated. Cyber space is crucial for Japan's future. Now cyber attacks against infrastructure have become reality and a serious national security and risk management issue.

Japan is one of the most advanced IT states in the world and needs to achieve a secure cyber space to be successful. The scope of the targets of cyber attacks is growing from private (individual and family) to public (social infrastructure). The risk of cyber attack has been growing although Japan has made efforts to deal with it. The risk is increasing and it has affected our national security and risk management as well as international competition, bringing anxiety to Japanese citizens.

The basic aim of the Cyber Security Strategy is the following: Fundamental idea consists of four agendas; securing free information distribution, new efforts towards escalating risk, strengthening risk-based response, action and mutual assistance based on societal responsibility. The role of each player is clarified; nation, infrastructural enterprise, business industries (R&D institutes) users and cyber space involved operators.

Targeted focused areas to 2015 contains three bullet points; government establishes a resilient cyber space improving the expansion of information security, strengthening against cyber attack, builds a vibrant cyber space activating industries, accelerating R&D development further, fostering of human resources for information security utilizing competition, improve the cyber literacy of the public, takes the lead in formulating cyberspace focusing on diplomacy, internationally expanding, international collaboration.

With regard to the driving force for cyber security in Japan, the National Information Security Centre (NISC) will strengthen the operation of cyber space. It will prepare a system for securing experts and authorities reorganized as 'Cyber Security Centre' with an opening date 2015.

Here are some functional norms to deal with Japan case.

Functional Norms in Japan case:

- Global Common
- Fundamental Reforms for security architecture
- Public awareness
- Integrated strategy

Global commons (Recognition for the oneness of humanity):

- Maintain consistency with existed international laws (regime for governance)
- Avoiding loss of strategic trust
- Peaceful use
- Launch international platform
- Peaceful and stable international order
- Global responsibility (as a global citizen)
- Critical Thinking
- Ethical Discussions
- Accountability.

Hedging strategy beyond engagement:

- Indirect hedging: dispersion of risk
- Soft hedging: include unspoken country and launch consortium and build multi layers cooperation
- Hard hedging: strengthen military capacity and build robust relationship with overseas

Challenge Cases:

- Global minded education (public awareness)
- Global user: this hyper-connected world will lead to a more fragmented and fragile society
- Facing black swan events (seeking for solution)

For Further Implication:

We have to be careful about the term of 'global'. What is the international standard? Look at the map what you have. You would be surprised at the maps other countries have used in their country

and how it is different. The look is not the same if you take a look at your country by globes. We should see where we are in a different perspective well poised to deal with cyber attack. Also, the viewpoint of citizens is brought into following developing policies from such as public comment. To address cyber attack, we need a global white paper for cyber security.

Although people realize that defence might become a magnet for attack and mistrust makes itself more vulnerable to attack, they cannot help it since they also believe that a pragmatic attitude is crucial for cyber issue as well. Now ethics and philosophy element should be revisited to address the security and to analyse the new phase.

As Gorguin says, where do we come from, what are we, where are we going? Thomas Jefferson says that those who would give up Essential Liberty to purchase a little Temporary Safety deserve neither Liberty nor Safety.

For Japan, the cyber issue is a theme associated with the role as a sovereign nation, as 'self-help' nation. How Japan defined her responsibility in terms of US-Japan alliance, which is a basic guideline of national security of Japan? Should Japan redefine it? If so, how? How Japan should deal with new challenges caused by information evolution?

Yoko Nitta

Yoko Nitta is at Japan Science and Technology Agency (JST)/ Research Institute of Science and Technology Agency (RISTEX). The analysis contained in this paper is personal to the author and does not reflect the views of the JST/RISTEX. This

Acknowledgements

- Francis Bacon
 - Alvin Toffler
 - Japan Cyber strategy report May 2013
 - FireEye Advanced Threats Report 1H 2012
 - National Cyber Security Strategies- Practical Guide on Development and Execution December 2012
 - Financial Times article 'South-eastern shift: The new leaders of global economic growth', 4 June 2013
 - Financial Times article 'Nations are chasing the illusion of sovereignty' 6 June 2013
- <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/d1dcd6a-cddb-11e2-a13e-00144feab7de.html#axzz2WqqIyJz>

- Science News (online) Mar 28, 2013 Japan police to launch national cyber crime force
- The Tallinn Manual on the International Law applicable to Cyber Warfare
<http://www.ejiltalk.org/the-tallinn-manual-on-the-international-law-applicable-to-cyber-warfare/>
- Atlantic Council
http://www.acus.org/new_atlanticist/reason-finally-gets-voice-tallinn-manual-cyber-war-and-international-law

THEMEN

Globale Verbindungswege sichern & verwalten

Bericht der Veranstaltung von DGAP und pmg vom 17. Mai 2013 in Berlin

„Der Sprit der Deutschen Marine reicht im Moment bis in den Golf von Aden“, sagt Oberst a.D. Ralph Thiele mit Blick auf die finanziell limitierten Betriebskosten. Der Vorsitzende der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg) diskutierte beim ‚Berliner Forum Zukunft‘ (BFZ) des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) zum Thema „Zur Gestaltung der Global Commons – Deutsche Perspektiven“. Im Mittelpunkt – wie immer häufiger: Die richtige Strategie für den Umgang mit der aufstrebenden Volksrepublik China.

Global Commons als Gemeinschaftsgüter bezeichnen im engeren Sinne die weltweiten Verkehrsräume der Ozeane, des Luft-, Welt- und Cyberraums. griphan-Chefredakteur Heinz Schulte attestiert der deutschen Politik und Bevölkerung, deren Bedeutung im Zuge der Globalisierung noch nicht richtig einzuschätzen. Die Experten zeigten sich einig, dass gemein-sames Handeln westlich geprägter Staaten erforderlich sei, um Einfluss auf die Gestaltung der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu nehmen. „Ohne eine stabile transatlantische Basis wäre die amerikanische Hinwendung zum Pazifik nicht vorstellbar“, so Schulte. Ängste, darin eine Abwendung von Europa zu sehen, bezeichnet er als „Phantom-schmerzen“.

Die USA wollen u.a. ihr Militär in der Pazifik-Region deutlich ver-

stärken und mittelfristig 60 Prozent der Navy dort operieren lassen. Das „militärische Kapitel“ sei allerdings nur eines von vielen, das für die Global Commons relevant sei, betont Schulte. Er plädiert eindringlich dafür, die US-Initiative einer transatlantischen Freihandelszone zumindest gründlich zu prüfen: „Wer die internationalen Standards setzt, der hegt China ein.“ Eine Freihandelszone bedürfe aber hartnäckiger Verhandlungen.

Laut Ralph Thiele hätten die USA ihre Ressourcen wie schon vor dem 11. September nun wieder überdehnt. Europa werde nicht umhin kommen, mehr Verantwortung zu übernehmen: „In Afrika erbringen die USA jetzt nicht mehr die Sicherheitsleistungen für uns.“ Hinsichtlich der deutschen Rolle wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass eine traditionelle Stärke in der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen liege. So hat etwa der Internationale Seegerichtshof seinen Sitz in Hamburg. Vertreter des Auswärtigen Amtes berichten, dass Deutschland insbesondere in Asien großes Vertrauen genieße. Welche Bedeutung die Freiheit der Seewege habe, sei außerdem durchaus erkannt. Durchweg wurde bei der pmg aber vor einem neuen Antagonismus der Mächte gewarnt: „Wenn China will, ist es Partner“, resümierte Heinz Schulte.

Matthias Köhler

Matthias Köhler ist Chefredakteur/Redaktion Berlin des Newsletters Public Security. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Der Beitrag wurde erstmalig im Newsletter Public Security veröffentlicht.
www.public-security.de